

Niederschrift über die 25. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.12.2023, 18:10 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann	Bürgermeisterin	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	ab 18:45 Uhr anwesend
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/ Die Grünen	Vertretung für Frau Sarah Albertz
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	Vertretung für Herrn Holger Weiling
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Gerrit Tranel	CDU	anwesend bis 20:13 Uhr
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Christin Mittmann	Kämmerin	
Herr Jörg Inhestern	FB 20	
Herr Frank Noll	FB 20	
Frau Marie Tebbel	FB 10	

Schriftführung: Frau Marie Tebbel

Frau Eliza Diekmann eröffnet um 18:10 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:16 Uhr.

Frau Bürgermeisterin Diekmann bittet darum, die Tagesordnungspunkte 3 (Kinderkarneval Goxel) und Tagesordnungspunkt 4 (Zuschuss Stadtschützenfest) zu tauschen, sodass zuerst über den TOP „Stadtschützenfest“ und dann über den „Kinderkarneval Goxel“ beraten wird. Frau Diekmann bringt dies zur Abstimmung. Alle Mitglieder stimmen dafür.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Anregung nach § 24 GO NRW auf Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: 364/2023
- 3 Einmalige Bezuschussung des Stadtschützenfestes 2024
Vorlage: 262/2023
- 3.1 Einmalige Bezuschussung des Stadtschützenfestes 2024
Vorlage: 262/2023/1
- 3.2 Einmalige Bezuschussung des Stadtschützenfestes 2024 - Kriterien
Vorlage: 262/2023/2
- 4 Anregung nach § 24 GO NRW auf Förderung des Kinder-Karnevalsumzuges in Goxel
Vorlage: 370/2023
- 5 Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024
- 5.1 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld zum Denkmalschutz
Vorlage: 339/2023
- 5.2 Antrag zum Haushalt 2024 der Fraktion Pro Coesfeld (Haushalt, Personal, Kennzahlen)
Vorlage: 371/2023
- 5.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Unterstützung des Vereins Frauen e.V.
Vorlage: 348/2023
- 5.4 Antrag der SPD zum Haushalt 2024: Mittel Grundstückserwerb
Vorlage: 333/2023
- 5.5 Antrag zur Errichtung von Ruhebänken und Picknickstellen - SPD-Fraktion
Vorlage: 340/2023
- 5.6 Antrag der CDU - Einzahlung in den Pensionsfond
Vorlage: 377/2023
- 5.7 Antrag der CDU zum Haushalt (Änderung/Anpassungen innerhalb der Budgets 60, 70)
Vorlage: 379/2023
- 6 Antrag der Fraktion FDP auf Durchführung von KFZ-Abmeldungen im Bürgerbüro
Vorlage: 368/2023
- 7 Antrag auf finanzielle Weiterförderung des Leistungsangebotes Kompass - Psychologische Beratung für Eltern von viel zu früh geborenen, behinderten und schwer kranken Kindern
Vorlage: 280/2023
- 8 Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Coesfeld
Vorlage: 204/2023

- 9 Nebenstelle des Bürgerbüros der Stadt Coesfeld im Heimathaus Lette
Vorlage: 264/2023/1
- 10 Modernisierung Skaterpark Coesfeld mit Ziel der LEADER-Förderung (65%) als Ergebnis der Jugendbeteiligung "Kleinstadtkartell"
Vorlage: 291/2023
- 11 Prioritätensetzung für Investitionen in Sportanlagen
Vorlage: 315/2023
- 12 Zusammenfassung und Änderung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsgrundschule und sonstigen schulischen Betreuungsformen der Stadt Coesfeld
Vorlage: 169/2023
- 13 Änderung der Hauptsatzung zur Durchführung des Probebetriebs Rats-TV
Vorlage: 330/2023
- 14 Einrichtung einer öffentlichen Hundewiese
Vorlage: 341/2023
- 15 Beitritt zu einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten
Vorlage: 349/2023
- 16 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld und den Städten Billerbeck und Coesfeld sowie der Gemeinde Rosendahl über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von sperrigen Abfällen, die im Rahmen des
Vorlage: 329/2023
- 17 Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung sowie Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren und Winterdienstgebühren für das Jahr 2024
Vorlage: 299/2023
- 18 Änderung der Abfallgebührensatzung sowie Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2024
Vorlage: 298/2023
- 19 Änderung der Wasserverbandsgebührensatzung sowie Berechnung der Wasserverbandsgebühren 2023
Vorlage: 300/2023
- 20 Energiekonzept KlimaQuartier "Wohnen an der Marienburg - Erweiterung" (B-Plan 126a)
Vorlage: 343/2023
- 21 Unterbringung Geflüchtete - weitere Anmietung von Wohncontainern
Vorlage: 367/2023
- 22 Budgetbericht zum 30.09.2023
Vorlage: 309/2023
- 23 Sonderhaushaltsplan der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 374/2023
- 24 Stellenplan 2024
Vorlage: 375/2023
- 25 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 366/2023
- 26 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Die Mitteilungen der Verwaltung werden mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation vorgetragen. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Frau Kämmerin Mittmann erläutert das NKF-Weiterentwicklungsgesetz. Sie erläutert zudem, dass der Kreis Coesfeld seinen Haushalt und hierin die Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage beschlossen hat. Dies habe zur Folge, dass die Stadt Coesfeld im Vergleich zu der bisherigen Planung eine Einsparung von 550.000 Euro habe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann gibt Informationen zum Verkehrsunfall an der Daruper Straße.

Herr Beigeordneter Thies teilt zudem mit, dass die Verwaltung mit der Schule gesprochen habe. Das St. Pius Gymnasium versuche nun festzulegen, dass der erste Bus nur von den jüngeren Schülerinnen und Schülern genutzt werde. Der zweite Bus soll dann entsprechend von den älteren Schüler:innen (bspw. ab Klasse 7 oder 8) genutzt werden.

Auch ein Ortstermin habe stattgefunden. Herr Thies sagt, dass aktuell geprüft werde, ob durch Markierungen eine bessere Trennung des Wartebereichs und des Pflasters erzielt werden könne. Mögliche Maßnahmen müssten jedoch, so Herr Thies, mit dem Baulastträger abgestimmt werden. Auch das Wartehäuschen, welches aktuell ungünstig gelegen sei, solle in diesem Zuge versetzt werden. Kurzfristig soll ein gemeinsamer Termin mit dem Baulastträger, der Polizei, der Schule und der Stadtverwaltung anberaumt werden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann fügt hinzu, dass sie auch noch einmal die die Schulklasse gehen und sich die Verbesserungsvorschläge der Schüler:innen anhören wolle. Auch die Planung eines Bustrainings durch die Kreispolizeibehörde sei eine Möglichkeit.

Weiter erläutert Frau Bürgermeisterin Diekmann die Auslastung der Lastenräder, die durch die Stadt angeschafft und als Sharing-Angebot von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden können. Die Zahlen können der Präsentation entnommen werden.

Zu der Kostenposition i.H.v. 500 € für die Windmühle in Lette sagt Frau Bürgermeisterin Diekmann, dass bislang 500 € jährlich an den Eigentümer gezahlt wurden. Im Gegenzug hätte der Eigentümer die Mühle bspw. für Führungen oder Ähnliches zur Verfügung stellen sollen. Frau Diekmann teilt mit, dass man den Betrag seitens der Verwaltung gerne streichen wolle, da die Stadt keinen Nutzen mehr daraus ziehe. Besichtigungen hätten schon länger nicht mehr stattgefunden.

TOP 2	Anregung nach § 24 GO NRW auf Änderung der Hundesteuersatzung Vorlage: 364/2023
-------	--

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert den Antrag des Tierschutzvereins. Sie teilt mit, dass sich die Verwaltung hier restriktiv verhalten werde. Als Verwaltung habe man bereits Gespräche mit den anderen Kommunen geführt. In der Stadt Billerbeck sei eine Befreiung von 12 Monaten und in Dülmen von 6 Monaten eingeführt. Frau Diekmann betont, dass sie sich eine

einheitliche Lösung im Kreis wünsche. Frau Diekmann ergänzt, dass eine Änderung der Hundesteuersatzung kein Grund für potentielle Hundebesitzer:innen sein werde, sich für einen Hund aus dem Tierheim zu entscheiden. Sie denke nicht, dass es eine Steuerungswirkung habe. Sie betont, dass die Verwaltung wisse, dass das Tierheim aktuell vor großen Herausforderungen mit der Beherbergung von schwierigen Hunden habe. Nichtsdestotrotz glaube sie, dass der Ansatz hier nicht den gewünschten Nutzen bringe.

Herr Prinz teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Antrag unterstützen werde. Der Antrag sei hier aus der Not geboren. Die Anzahl der Problemhunde habe stark zugenommen. Wenn Coesfeld mitziehen werde, würden ggfs. auch andere Städte mitziehen. Selbst wenn es nur für einige Wenige ein Anreiz wäre einen Hund aus dem Tierheim zu adoptieren, sei dies ein Erfolg. Auch sagt Herr Prinz, dass sich der Verwaltungsaufwand in Grenzen halte. Er wird für die Unterstützung des Antrages.

Herr Volmer teilt mit, dass der Antrag innerhalb der Fraktion Pro Coesfeld unterschiedlich diskutiert wurde. Er sagt, dass auch seine Familie Hundebesitzer eines Tierheimhundes seien und solch ein Hund schon mehr Arbeit sei: bspw. würde man länger in die Hundeschule gehen. Er habe sich seinerzeit schon eine gewisse Form der Unterstützung gewünscht. Aus diesem Grund unterstütze er den Antrag vollumfänglich.

Herr Tranel sagt, dass der Antrag durch die daraus resultierende Diskussion bereits ein Teil seines Ziels erfüllt hätte und für die außerordentlich gute Arbeit des Tierheims geworben würde. Er fügt hinzu, dass man bedenken müsse, dass das Tierheim die Verantwortung ggü. einem Tier nie vollständig abgebe. Auch die CDU wünsche sich eine einheitliche Lösung für den Kreis und man wolle nicht, dass eine einzelne Kommune durch bestimmte Regelungen Vorteile habe; schließlich solle kein „Kampf“ um die Tiere entstehen. Die CDU werde dem Antrag zustimmen. Auch wenn es nur wenigen Tieren helfe, sei es ein Erfolg.

Frau Bürgermeisterin Diekmann teilt mit, dass in der Bürgermeister:innen-Konferenz vereinbart wurde, dass die kreisangehörigen Kommunen im Gespräch bleiben werden. Einige Kommunen (so auch Dülmen und Billerbeck) hatten aber bereits mitgeteilt, dass keine Änderungsbereitschaft bestehe.

Herr Nielsen sagt, dass er persönlich nicht zustimmen werde. Das Ziel „Aufmerksamkeit zu bekommen“ wurde erreicht. Es sei wichtig und sinnvoll, dass die Tiere in gute Hände kommen. Er könne sich nicht vorstellen, dass wenn jemand einen Hund aus dem Tierheim adoptiere, seine Entscheidung davon abhängig macht, ob er zwei Mal 72,00 € spare. Auch, so Herr Nielsen, dürfe der Aufwand nicht unterschätzt werden: so müsse bspw. eine Satzungsänderung auf den Weg gebracht werden, es müsse abgegrenzt werden, wo Steuern erhoben werden und wo nicht. Der Aufwand, so sagt er abschließend, sei nicht gerechtfertigt.

Herr Sokol schließt sich seinem Vorredner an und bittet die Verwaltung bei der Stadt Billerbeck nachzufragen, ob der Erlass der Steuern wirklich so einen großen Effekt habe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt zu, dies über das Protokoll zu beantworten.

Antwort der Verwaltung:

Auf Nachfrage teilte die Stadt Billerbeck (Bereich Steuern) mit, dass sie dort 1 -2 Hunde pro Jahr haben, die auf Grund der Adoption aus dem Tierheim von der Steuer befreit werden. Einen Effekt könne die Stadt Billerbeck daraus nicht ableiten.

Ob das Tierheim andere Daten habe und die aufnehmenden Personen nur keine Steuerbefreiung beantragen, kann seitens der Stadt Coesfeld nicht abgeschätzt werden.

Herr Musholt bittet darum, dass ergänzend auch noch erfragt wird, wie viele Hunde dadurch ein neues zu Hause gefunden haben.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Hundesteuersatzung der Stadt Coesfeld dahingehend zu ändern, das Hunden, die aus dem Tierheim in Coesfeld adoptiert werden, bei Vorlage eines entsprechenden Nachweises, eine Steuerbefreiung von 24 Monaten eingeräumt wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	5	0

TOP 3 Einmalige Bezuschussung des Stadtschützenfestes 2024
Vorlage: 262/2023

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Ergänzungsvorlage vor, über welche beraten und abgestimmt wird.

TOP 3.1 Einmalige Bezuschussung des Stadtschützenfestes 2024
Vorlage: 262/2023/1

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine Ergänzungsvorlage vor, über welche beraten und abgestimmt wird.

TOP 3.2 Einmalige Bezuschussung des Stadtschützenfestes 2024 - Kriterien
Vorlage: 262/2023/2

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass die Verwaltung sich hier dem Auftrag aus dem Ausschuss für Kultur, Schule und Sport angenommen habe und einige Eckpunkte auf den Weg gebracht habe. Aus dem KSS kam zudem der Vorschlag einen neuen Fördertopf zu eröffnen. Frau Diekmann teilt mit, dass die Verwaltung hier ungern eine neue Ebene der Förderung eröffnen würde. Es gebe bereits Fördermöglichkeiten. Man könne zudem nicht abschätzen, wie sich dann die Menge an Förderanträgen entwickelt.

Herr Bouhari merkt an, dass in dem Kriterienkatalog nur die Rede von Bürgern sei, nicht aber von Bürgerinnen. Frau Bürgermeisterin Diekmann dankt für den Hinweis.

Herr Prinz teilt mit, dass seine Argumente sowohl für diesen, als auch für den nächsten Tagesordnungspunkt gelten. Er sagt, dass er den Haupt- und Finanzausschuss als falschen Ort sehe um über die Förderkriterien zu diskutieren. Man müsse bedenken, dass wenn man einen Fördertopf einrichte, dass es dann eine Vielzahl von Anträgen geben werde und die Politiker:innen entsprechend Gleichbehandlung walten lassen müssten. Die Fraktion B'90/ Die Grü-

nen wollen Abstand von der Errichtung eines Fördertopfes nehmen. Man befinde sich in finanziell schwierigen Zeiten. Herr Prinz sagt, dass der Fachausschuss gern noch einmal darüber diskutieren dürfe. Hier im Haupt- und Finanzausschuss würde er sich allerdings gegen die Einrichtung eines Fördertopfes und der Gewährung von Zuschüssen aussprechen. Er sagt zudem, dass die Vereine durchaus etwas hätten ansparen können. Hier hätte man vorausschauender handeln können. Schweren Herzens, so Herr Prinz, werde die Fraktion den Antrag ablehnen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass sie erwarte, sollte es weitere Kriterienwünsche geben, die Gremienmitglieder entsprechende Anträge stellen.

Herr Nielsen teilt mit, dass die SPD-Fraktion keinen zusätzlichen Fördertopf wolle. Die Fraktion vermutet, dass ein entsprechender Fördertopf sehr groß sein müsse und entsprechend schnell leer wäre. Zudem versuche die Politik und die Verwaltung aktuell an möglichst vielen Stellen zu sparen. Der Antrag hier passe nicht in die Zeit. Ein zusätzlicher Fördertopf wäre hier falsch. Die SPD-Fraktion spreche sich gegen die Einrichtung eines neuen Fördertopfs aus.

Herr Tranel stimmt zu und sagt, dass auch die CDU-Fraktion der Meinung sei, dass man keinen neuen Fördertopf brauche. Allerdings, so Herr Tranel, würde die Fraktion beide Projekte unterstützen wollen. Ein Fördertopf wäre aber mit Sicherheit sehr überzeichnet. Die erstellten Kriterien könne man bei solchen Anträgen gem. § 24 GO NRW zur Hilfe ziehen. Seit vielen Jahren sei neben der „Spar-Thematik“ immer auch über die Förderung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements gesprochen worden. Die Lösung, die es brauche um die Stadtgesellschaft zusammen zu halten, sei die Durchführung solcher Aktivitäten. Herr Tranel ergänzt: Sollten ähnliche Anträge in Zukunft gestellt werden und diese durch die Politik abgelehnt werden, so werde es entsprechende Erklärungen dafür geben. Die CDU halte das Stadtschützenfest und den Kinderkarneval in Goxel für sehr unterstützenswert. Man würde zudem jedes Jahr neu entscheiden, wie hiermit umzugehen sei.

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass man sich in der Verwaltung auch bereits viele Gedanken darüber gemacht habe, wie man das Ehrenamt stärken und unterstützen könne. Auch ohne eine finanzielle Unterstützung habe man letztes Jahr bereits begonnen, die ehrenamtlichen Aktionen auf andere Art und Weise zu unterstützen. Als Beispiel nennt sie hier die durch den Bauhof oder das Ordnungsamt übernommenen Absperrmaßnahmen, Werbemaßnahmen etc. Man wolle eine Unterstützung auf diese Art und Weise weiter fortführen. Frau Diekmann weist darauf hin, dass einige Städte solche Aktionen von Vereinen gar nicht unterstützen.

Herr Volmer von der Fraktion Pro Coesfeld sagt, dass solche Brauchtumsveranstaltungen zum Stadtbild dazu gehören. Die Unterstützung seitens der Verwaltung bspw. durch soeben genannte Maßnahmen des Ordnungsamtes oder Bauhofs solle weiter ausgebaut werden. Eine Einzelfallentscheidung für die vorliegenden Veranstaltungen zu treffen, findet er schwierig, da es viele Traditions- und Brauchtumsveranstaltungen gebe. Herr Volmer weist darauf hin, dass es bereits einen Kulturfördertopf gebe. Er stellt zudem noch die Möglichkeit einer Minimalförderung vor, dass also bspw. das Kinderschützenfest mit 500,00 € und das Stadtschützenfest mit 1.000,00 € gefördert werde. Was bei einer Förderung der Aktionen jedoch eingefordert werden müsse, sei eine Vollkostenrechnung. Dies seien auch Punkte für die Fördertopfkriterien.

Herr Bücking geht nicht davon aus, dass es eine Vielzahl von Folgeanträgen in dieser Dimension geben werde. In Coesfeld gebe es schließlich nicht viele solcher Veranstaltungen. Er betont, dass die Stadt sich die Förderung des Ehrenamtes auf die Fahne geschrieben habe. Eine Mehrheit der Gremienmitglieder habe sich seinerzeit bspw. auch dazu entschieden, 30.000,00 € für eine Ehrenamtskoordinatorin auszugeben. Dies hatte jedoch keinen Effekt. Das Geld sei folglich an dieser Stelle hier besser aufgehoben. Er persönlich könne die vorliegenden Anträge vollumfänglich unterstützen, wenn dadurch das Ehrenamt gefördert werde.

Frau Bürgermeisterin Diekmann stellt klar, dass die Ehrenamtskoordinatorin, die zwar nur wenige Monate bei der Stadt Coesfeld beschäftigt war, trotzdem einiges erarbeitet hat: So wurde ein Konzept und eine Datenbank erstellt. Die Daten können nun weiter vom entsprechenden Verein verwendet werden.

Herr Bouhari sagt, dass dem Verein daran gelegen sei, Wertschätzung zu erhalten. Diese Wertschätzung müsse aber seiner Ansicht nach nicht durch finanzielle Unterstützung ausgedrückt werden. Auch durch die soeben vorgestellte Unterstützung nicht-finanzieller Natur (Bauhof, Ordnungsamt etc.) bewege man sich auf die Vereine zu. Es brauche folglich keinen Kriterienkatalog. Herr Bouhari merkt zudem an, dass Kriterien auch immer eine gewisse Messlatte seien, die in Zukunft Probleme bereiten könnten. So erhalten bspw. einige Vereine keine Förderung, obwohl sie alles dafür tun Kulturschaffende zu unterstützen (bspw. Brawl Concerts). Herr Bouhari sagt abschließend, dass er sich freue, wenn die Verwaltung weiterhin auf die Vereine zugehe und somit Unterstützung anbietet.

Herr Volmer betont, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass wenn man den Antrag hier ablehne, dass man dann gegen die Unterstützung des Ehrenamts sei. Dies sei nicht der Fall.

Herr Prinz teilt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit, dass die Notwendigkeit zur Einrichtung eines Fördertopfes nicht gesehen werde.

Beschlussvorschlag der Antragssteller:

Es wird beschlossen, eine einmalige Bezuschussung für die Planung und Durchführung des für 2024 vorgesehenen Stadtschützenfestes an die veranstaltenden Vereine und Verbände zu gewähren und in den Haushalt 2024 einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	6	7	2

TOP 4	Anregung nach § 24 GO NRW auf Förderung des Kinder-Karnevalssumzuges in Goxel Vorlage: 370/2023
-------	--

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die Brauchtumsveranstaltung „Kinder-Karnevalssumzug in Goxel“ [im Jahr 2024] mit einem Betrag von 2.000,00 € zu bezuschussen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	5	7	3

TOP 5	Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2024
TOP 5.1	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld zum Denkmalschutz Vorlage: 339/2023

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass intern eine Orgauntersuchung gemacht werde und dann das Thema „Denkmal“ und „Denkmalpflege“ auch noch näher forciert werde.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushaltsjahr 2024 die Bedarfe für die Objekte des bestehenden Denkmalschutzes in unserer Stadt zu erheben und in einer Prioritätenliste darzustellen. Dazu ist die Kennzahl 1.1 (Bewertung) im Budget 60.08 über den Plan hinaus auszuweiten (s. S. 243). In den darauffolgenden Haushaltsjahren werden sukzessive die Mittel eingestellt, die zur Erhaltung der Objekte benötigt werden. Die mit dem Inkrafttreten des neuen Denkmalschutzgesetzes notwendig gewordene Anhebung der Stellenanteile für den Denkmalschutz wird in 2024 rasch umgesetzt. Dazu werden auch die in den letzten Jahren nicht genutzten personellen und finanziellen Ressourcen herangezogen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	4	7	4

TOP 5.2	Antrag zum Haushalt 2024 der Fraktion Pro Coesfeld (Haushalt, Personal, Kennzahlen) Vorlage: 371/2023
---------	--

Herr Volmer bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung der Beschlussvorschläge und erläutert, dass die Fraktion diesen Vorschlägen folgen könne.

Es herrscht Einvernehmen darüber, dass en bloc über die alternativen Beschlussvorschläge der Verwaltung (1-3) abgestimmt wird.

Beschlussvorschläge (aus dem Antrag):

1. [Es wird beschlossen, dass] unter § 8 der Haushaltssatzung folgender Satz [eingefügt wird]: „Der Rat ist über jede Änderung zu informieren.“
2. [Es wird beschlossen,] dass ab dem Haushaltsplan für das Jahr 2025 bei jedem Produktbereich der einzelnen Budgets der Stellenanteil des Vorjahres, des laufenden Jahres und die Veränderung des Stellenanteils für das geplante Haushaltsjahr genannt werden. Bei einer Veränderung ist eine kurze Erläuterung zu geben.
3. [Es wird beschlossen,] dass im Jahr 2024, damit begonnen wird, die Kennzahlen der einzelnen Produktbereiche zu überarbeiten. Dies soll in Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rat geschehen.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 1.:

Es wird beschlossen, den Satz „Unerhebliche überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind dem Rat zur Kenntnis zu bringen.“ unter § 8 der Haushaltsatzung einzufügen und um die folgende Definition zu ergänzen: „Die Information erfolgt jeweils in der auf die Bereitstellung folgenden Sitzung des Rates im Rahmen der Mitteilungen der Verwaltung und werden in der Niederschrift dokumentiert.“

Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 2.:

Es wird beschlossen, den Stellenplan ab dem Haushaltsplan 2025 um einen tabellarischen Kurzüberblick über die Stellenplanänderungen gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Sachverhaltsdarstellung zu erweitern.

Beschlussvorschlag der Verwaltung zu 3.:

Es wird beschlossen, dass die Verwaltung das Gesamtprojekt (Kennzahlen- und Produktstrukturüberarbeitung) bei der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW im Rahmen der Projektarbeit der Studierenden anmeldet. Sollte nur ein Teilprojekt möglich sein, wird lediglich die Überarbeitung der Kennzahlen als Projekt für die Studierenden vorgeschlagen. Vorab findet eine Abstimmung mit der Hochschule statt, so dass der Rat rechtzeitig informiert werden kann, falls signalisiert würde, dass keines der Teilprojekte angenommen werden würde. Für diesen Fall stellt der Fachbereich 20 dem Rat eine Zeitplanung zur eigenständigen Umsetzung des Gesamtprojektes vor.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternative Beschlussvorschläge der Verwaltung (1-3)	15	0	0

TOP 5.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Unterstützung des Vereins Frauen e.V. Vorlage: 348/2023

Frau Bürgermeisterin Diekmann teilt mit, dass es am Montag (04.12.) Gespräche mit der Stadt Dülmen und dem Kreis Coesfeld gegeben habe. Hier wurde sich dagegen ausgesprochen, die Vorgehensweise auch in Bezug auf die Gewährung von Zuschüssen zu ändern. Man wolle die Angelegenheit noch im Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales sowie im Jugendhilfeausschuss beraten.

Herr Prinz findet es gut, dass sich die Fachausschüsse noch einmal damit beschäftigen. Er trägt zudem noch Worte von Frau Sarah Albertz vor, die um Unterstützung des Antrages bittet. Ergänzend fragt Herr Prinz, ob es notwendig sei eine fiktive Summe in den Haushalt mit einem Sperrvermerk einzustellen.

Frau Bürgermeisterin Diekmann antwortet, dass dies nicht notwendig sei, da die Summe im Fall der Fälle auch über überplanmäßige Ausgaben zur Verfügung gestellt werden könnte. Frau Diekmann sagt, dass es ihr wichtig sei, hier mit den anderen Kommunen ins Gespräch zu kommen. Die Stadt Coesfeld finanziere auch bereits die Kurse, die der Verein in den Schulen gibt.

Herr Prinz bittet darum, dass die Ergebnisse der Gespräche der Politik vorgetragen werden.

Beschlussvorschlag der Verwaltung (geändert während des HFA 07.12.):

Es wird beschlossen, Gespräche mit dem Kreis Coesfeld und der Stadt Dülmen zu führen und zu einer gemeinsam abgestimmten Vorgehensweise in Bezug auf die Unterstützung des Vereins Frauen e.V. zu gelangen. Zudem soll die Angelegenheit in den Fachausschüssen (Fachausschuss für Familie, Senioren und Soziales; Jugendhilfeausschuss) und dann im Haupt- und Finanzausschuss beraten und abschließend im Rat entschieden werden.

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Stadt Coesfeld unterstützt ab 2024 die Personal- und Sachkosten des Vereins Frauen e.V. mit 30.000 Euro jährlich.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Verwaltung	15	0	0
Beschlussvorschlag der Fraktion B'90/ Die Grünen	Keine Abstimmung		

TOP 5.4 Antrag der SPD zum Haushalt 2024: Mittel Grundstückserwerb
Vorlage: 333/2023

Beschlussvorschlag der SPD:

Der Haushaltsansatz im Planentwurf des Teilergebnisplanes zum Produkt 70.10 „Zentrales Gebäudemanagement“ unter der Nr. ~~70GEB049~~ 70GEB082 „Erwerb von Gebäuden und Grundstücken“ wird von € 600.000,- auf € 1.000.000,- erhöht.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 5.5 Antrag zur Errichtung von Ruhebänken und Picknickstellen - SPD-Fraktion
Vorlage: 340/2023

Frau Bürgermeisterin Diekmann schlägt vor, die Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, sodass eine Umsetzung lediglich dann erfolgt, wenn die Maßnahme durch LEADER-Mittel gefördert werden kann.

Beschlussvorschlag (Antrag der SPD-Fraktion) – geändert:

(Der Ausschuss für Planen und Bauen [/ Haupt- und Finanzausschuss] beschließt, dem Rat der Stadt Coesfeld folgende Beschlüsse zu empfehlen:)

- 1) Der Rat stellt in den Haushalt 2024 Haushaltsmittel in Höhe von 10.000,00 € zur Errichtung von Ruhebänken und Picknickstellen im Außenbereich ein.

Die Verwaltung prüft, ob im Rahmen der LEADER-Projekte ein entsprechender Antrag zur Förderung der drei Picknickstellen gestellt werden kann. Zudem soll die Position im Haushalt mit einem Sperrvermerk versehen werden.

- ~~2) Zunächst soll eine Picknick-Sitzgruppe (Sitzbank, Tisch, Mülleimer) am Fahrrad Knotenpunkt Nr. 06 in Sirksfeld errichtet werden.~~
- ~~3) In den Folgejahren soll ebenfalls weitere Haushaltsmittel eingestellt werden, um weitere Picknickstellen oder Ruhebänke einzurichten.~~

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 (geändert)	15	0	0

TOP 5.6 Antrag der CDU - Einzahlung in den Pensionsfond
Vorlage: 377/2023

Herr Tranel erläutert den Antrag. Er sagt, dass den Gremienmitgliedern aufgetragen worden sei, zu schauen, wie generationengerecht mit Finanzen umgegangen werden kann. Die CDU wolle, dass die kommunalen Mittel so effizient wie möglich eingesetzt werden. Herr Tranel teilt zudem mit, dass die Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden sei und diesen unterstützen werde.

Auch Herr Volmer sagt die Unterstützung des Verwaltungsvorschlags seitens der Fraktion Pro Coesfeld zu.

Beschlussvorschlag (Antrag der CDU):

In den Versorgungsfond der kww ist jährlich [ab dem Haushaltsjahr 2024] eine Summe einzuzahlen, die mindestens 5% des Betrages der Zuweisungen aus der Einkommenssteuer beträgt.

Alternativvorschlag der Verwaltung:

Der Politik wird mit dem Budgetbericht zum III. Quartal eine Einschätzung zur Wirtschaftlichkeit einer Einzahlung in den kww-Versorgungsfond vorgestellt. Bei einer positiven Einschätzung werden die investiven Mittel für die Zahlung an den Fonds durch die Kämmerin (bei Änderung des § 8 der Haushaltssatzung) oder im Rahmen einer Vorlage über außerplanmäßige Auszahlungen durch den Rat (bei Beibehaltung des bisherigen § 8 der Haushaltssatzung) freigegeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Verwaltung	15	0	0
Beschlussvorschlag der CDU	Keine Abstimmung		

TOP 5.7 Antrag der CDU zum Haushalt (Änderung/Anpassungen innerhalb der Budgets 60, 70)
Vorlage: 379/2023

Herr Tranel erläutert den Antrag. Es gehe darum, an den Stellen, an denen es möglich sei, Aufwendungen einzusparen und Investitionen möglicherweise zu schieben. Er räumt ein, dass der Antrag für einen ungeübten Leser schwer nachvollziehbar sei. Er gehe jedoch davon aus, dass seine Ratskolleginnen und -Kollegen wissen, worum es gehe.

Beschlussvorschlag (Antrag der CDU):

1. Im Budget 60 Produkt 60.01. müssen die Aufwendungen bereitgestellt werden, die Planungen für das Parkhaus Mittelstraße in 2024 abzuschließen.
2. Im Budget 60 Produkt 60.01 sollen die geplanten Aufwendungen für ein Nachverdichtungskonzept in Zeile 16 gestrichen werden.
3. Im Budget 60 Produkt 60.03 soll die Kennzahl 2.1 auf 15 % erhöht werden.
4. Im Budget 70 Produkt 70.01 sollen die Leistungsentgelte (Zeile 4) aus den Parkautomaten auf eine Parkgebühr von 1,20/Stunde und eine Höchstparkdauer von 4 Stunden angepasst werden.
5. Im Budget 70 Produkt 70.01 soll die Kennzahl 5.1 für die Jahre 2024 ff. angepasst werden, um den Austausch der Straßenbeleuchtung zeitlich zu verlängern. Die Angaben unter dem Investitionscode 70BEL001 sind entsprechend zu ändern.
6. Im Budget 70 Produkt 70.01 sollen die Maßnahmen mit den Investitionscodes 70STR063, 70STR095, 70STR113, 70STR114, 70STR115, 70STR116, 70STR117, 70STR118, 70STR119, 70STR120 in das Jahr 2026 verschoben werden.
7. Im Budget 70 Produkt 70.01 soll unter dem Investitionscode 70WEG006 die Einzahlung aus Beiträgen und Entgelten gestrichen werden.
8. Im Budget 70 Produkt 70.03 müssen die Kennzahlen 1.1 und 3.1 aktualisiert werden. Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld.
9. Im Budget 70 im Produkt 70.07 soll der Ansatz für den Klimaschutzfond Zeile 15 auf 25.000 Euro reduziert werden.
10. Im Budget 70 im Produkt 70.07 soll eine neue Kennzahl eingeführt werden, die den sachlichen Aufwand ins Verhältnis der Einsparung von Emissionen setzt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	5	10	0
Beschlussvorschlag 2	5	10	0
Beschlussvorschlag 3	5	10	0
Beschlussvorschlag 4	5	10	0
Beschlussvorschlag 5	5	10	0
Beschlussvorschlag 6	5	10	0
Beschlussvorschlag 7	5	10	0
Beschlussvorschlag 8	5	10	0
Beschlussvorschlag 9	5	10	0
Beschlussvorschlag 10	5	10	0

TOP 6	Antrag der Fraktion FDP auf Durchführung von KFZ-Abmeldungen im Bürgerbüro Vorlage: 368/2023
-------	---

Herr Tranel befindet sich während der Abstimmung nicht im Raum.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass das Bürgerbüro die Aufgabe wahrnehmen könne. Sie weist jedoch auch darauf hin, dass Online-Abmeldungen möglich sind. Wenn man die Abmeldung vor Ort durchführen möchte, kostet dies 16,80 €.

Herr Fabry merkt an, dass man Fahrzeuge, die vor 2015 angemeldet wurden, nicht online abmelden könne. Er bittet die anderen Gremienmitglieder um Unterstützung des Antrags.

Herr Volmer erläutert, dass man noch mehrere Services online nutzen könne, wenn man sich online entsprechend registriere. Herr Volmer fragt, ob der Antrag auf Abmeldung, der dann im Bürgerbüro abgegeben wird, medienbruchfrei an den Kreis Coesfeld weitergegeben werden könne. Er fragt ergänzend, ob der Antrag also eigentlich doch bei den Kolleg:innen den Kreises lande oder ob die Stadt die Aufgabe übernehmen und dem Kreis diese Leistung in Rechnung stelle.

Herr Klaus Volmer, Leiter des Fachbereichs Zentrale Dienste und Bürgerservice der Stadt Coesfeld, erläutert, dass eine Weitergabe nicht medienbruchfrei erfolge. Die Stadt Coesfeld würde die Anträge sammeln und dann täglich an den Kreis Coesfeld übermitteln. Dies habe den Nachteil, dass Kennzeichen nicht direkt am selben Tag neu vergeben werden können. Herr Volmer erklärt, dass die Stadtverwaltung jedoch keinen Zugriff auf die Daten des Kraftfahrbundesamtes habe.

Die Fraktion Familie und die SPD-Fraktion sagen ihre Unterstützung für den Antrag zu.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Dienstleistung „KFZ-Abmeldung“ in das Angebot des Bürgerbüros aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 7 Antrag auf finanzielle Weiterförderung des Leistungsangebotes Kompass - Psychologische Beratung für Eltern von viel zu früh geborenen, behinderten und schwer kranken Kindern
Vorlage: 280/2023

Herr Tranel befindet sich während der Abstimmung nicht im Raum.

Beschlussvorschlag:

Das Projekt „Kompass – Psychologische Beratung für Familien mit früh geborenen, chronisch und schwer kranken Kindern, Kindern mit Behinderungen“ wird ab dem 01.04.2024 weiterhin pauschal mit 4.800 € jährlich gefördert. Über die Leistung ist jährlich durch den Projektträger ein Sachbericht abzugeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	0	0

TOP 8 Neufassung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Coesfeld
Vorlage: 204/2023

Beschlussvorschlag:

Es wird die als Anlage 01 beigefügte Gebührenordnung für Parkscheinautomaten im Gebiet der Stadt Coesfeld beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	8	4	3

TOP 9	Nebenstelle des Bürgerbüros der Stadt Coesfeld im Heimathaus Lette Vorlage: 264/2023/1
-------	---

Herr Stratmann teilt mit, dass die Fraktion Familie begrüße, wenn zukünftig auch im Heimathaus Lette eine weitere Anlaufstelle des Bürgerbüros aufsuchbar sei.

Herr Dr. Kleinschneider stellt fest, dass diese Thematik und die Diskussion darüber von vielen Emotionen geleitet sei. Er stellt noch einmal dar, dass die Räumlichkeiten im Heimathaus vorhanden seien und auf entsprechende Nutzung warten würden. Es gehe, so Herr Dr. Kleinschneider, nicht um die Ausweitung von Leistungen sondern darum, dass die gleichen Leistungen an einem anderen Ort angeboten würden. Es sei richtig, dass Einmal-Investitionen anfallen würden, man über die Größenordnung aber diskutieren könne. Unter anderem sei, so Herr Dr. Kleinschneider, auch intensiv über die Personalkosten diskutiert worden. Dies sei allerdings nicht nachvollziehbar, sagt Herr Kleinschneider. Der Erhalt der Nebenstelle würde zu einer bürgernahen Verwaltung führen, auch würden auf anderer Seite auch Kosten eingespart. So müssten nämlich die Letteraner:innen nicht mehr mit dem Auto oder Bus nach Coesfeld fahren, da sie ihre Angelegenheiten vor Ort klären könnten. Besonders ältere Menschen würden hiervon profitieren.

Zum Schluss sagt Herr Dr. Kleinschneider, dass eine Schließung der Nebenstelle auf wenig Verständnis stoßen werde, sowohl seitens der Einwohner:innen als auch seitens der Vertreter:innen der Vereine und Verbände. Die Nebenstelle, so Herr Kleinschneider, gehöre zur DNA des Ortsteils Lette.

Herr Volmer teilt mit, dass die Fraktion Pro Coesfeld dem Beschlussvorschlag 1 und 2 folgen werde.

Herr Böyer sagt, dass er auch mit jungen Letteraner:innen gesprochen habe und diese gar nicht gewusst hätten, dass es man eine Nebenstelle gab. Er merkt zudem an, dass vor ein paar Jahren gesagt wurde, dass über die Nebenstelle dann noch einmal diskutiert werden soll, wenn der Bürgerbus vollends installiert und etabliert sei. Dies sei mittlerweile der Fall. Er habe zudem einmal in die Nachbargemeinde Rosendahl geschaut, die auch viele Ortsteile aufweisen könne, wovon aber keiner eine Nebenstelle unterhalte.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, die Nebenstelle des Bürgerbüros der Stadt Coesfeld in Lette aus wirtschaftlichen Gründen nicht wieder in Betrieb zu nehmen.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, die Räume des Heimathauses auch für Angebote der Verwaltung, die mit vertretbarem Aufwand realisiert werden können (z. B. Beratungsgespräche), zu nutzen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	9	5	1
Beschlussvorschlag 2	10	5	0

TOP 10 Modernisierung Skaterpark Coesfeld mit Ziel der LEADER-Förderung (65%) als Ergebnis der Jugendbeteiligung "Kleinstadtkartell"
Vorlage: 291/2023

Beschlussvorschlag – Planvariante A -:

Es wird beschlossen, den Skaterpark am Bahnweg im Gesamtvolumen von 455.000 € zu modernisieren (städtischer Eigenanteil von 205.000 € oder 45 %).

Beschlussvorschlag – Planvariante B-:

Es wird beschlossen, den Skaterpark am Bahnweg mit einem Gesamtvolumen von 385.000 € zu modernisieren (städtischer Eigenanteil von 135.000 € oder 35 %).

Alternativer Beschlussvorschlag (aus JHA und HFA):

Es wird beschlossen, den Skaterpark am Bahnweg einschließlich der Herrichtung einer Flutlichtanlage im Gesamtvolumen von 490.000 € zu modernisieren (städtischer Eigenanteil 240.000,00 €). Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung einer Mini-Ramp zu prüfen. Zudem sollen die Mittel mit einem Sperrvermerk versehen werden, sodass eine Umsetzung der Maßnahme nur erfolgt, wenn Fördermittel aus dem LEADER-Programm hierfür abgerufen werden können.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag aus JHA und HFA	15	0	0

TOP 11 Prioritätensetzung für Investitionen in Sportanlagen
Vorlage: 315/2023

Beschlussvorschlag 1:

Die Sportpauschale wird ab 2026 in ihrem bisher für investive Vorhaben festgelegten Anteil von 80.000 € / Jahr für Investitionen in Sport- und Freizeitanlagen sowohl in städtischer als auch in Vereinshand eingesetzt. Maßgeblich ist hierbei die jährlich an Bedarfe und Fördermöglichkeiten anzupassende Prioritätenliste.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, dass die im Sachverhalt festgehaltene Prioritätenliste leitend für die jährlich im Rahmen der Haushaltsberatungen stattfindende Anpassung an Bedarfe und sich anbietende Fördermöglichkeiten wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	0	6

TOP 12	Zusammenfassung und Änderung der Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsgrundschule und sonstigen schulischen Betreuungsformen der Stadt Coesfeld Vorlage: 169/2023
--------	---

Beschlussvorschlag (ergänzt im KSS und HFA):

Es wird beschlossen, die Satzung in Anlage 1 über die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie der Offenen Ganztagsgrundschule und sonstigen schulischen Betreuungsangeboten in der Stadt Coesfeld einschließlich der Beitragstabellen in Anlagen 2-6 mit Wirkung vom 01.08.2024 zu erlassen. Dabei gelten die neu anhand der Fortschreibungsrate¹ nach § 37 Abs. 2 KiBiz aufzustellenden Beitragstabellen².

Zugleich verlieren die Satzungen über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Stadt Coesfeld vom 08.07.2020 und die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Offenen Ganztagsgrundschule der Stadt Coesfeld vom 08.07.2020 ihre Gültigkeit.

Die Verwaltung wird beauftragt darauf hinzuwirken, gemeinsam im Kreis Coesfeld eine bzw. weitere Einkommensgruppen über die Einkommensgruppe von über 120.000 € zu etablieren.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	14	1	0

TOP 13	Änderung der Hauptsatzung zur Durchführung des Probetriebs Rats-TV Vorlage: 330/2023
--------	---

Beschlussvorschlag:

Die dieser Vorlage beigefügte 1. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Coesfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	5	0

¹ wird zum Jahresende 2023 ermittelt

² Die Bekanntmachung der Satzung erfolgt mit den zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2024/25 geltenden Beitragstabellen.

TOP 14 Einrichtung einer öffentlichen Hundewiese
Vorlage: 341/2023

Beschlussvorschlag (geändert im PB und HFA):

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, dass die Verwaltung mögliche Alternativstandorte suchen soll. Danach werden die möglichen Alternativstandorte dem Ausschuss erneut vorgelegt. Die Finanzmittel werden über die Änderungsliste in den Haushalt 2024 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 15 Beitritt zu einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabenträgerschaft einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten
Vorlage: 349/2023

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Coesfeld tritt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung des Datenschutzes durch die Bestellung einer/eines gemeinsamen Datenschutzbeauftragten zwischen dem Kreis Coesfeld, vertreten durch den Landrat, und den Städten Billerbeck und Olfen sowie den Gemeinden Ascheberg, Havixbeck, Nottuln, Nordkirchen, Rosendahl und Senden, jeweils vertreten durch die Bürgermeisterin/den Bürgermeister, vom 02.02.2018, genehmigt durch die Bezirksregierung Münster am 16.02.2018, bei.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 16 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Coesfeld und den Städten Billerbeck und Coesfeld sowie der Gemeinde Rosendahl über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von sperrigen Abfällen, die im Rahmen des
Vorlage: 329/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld stimmt dem Abschluss der in der Anlage 01 beiliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 17 Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung sowie Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren und Winterdienstgebühren für das Jahr 2024
Vorlage: 299/2023

Beschlussvorschlag:

Die 23. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Coesfeld (Anlage A) wird auf der Grundlage der Gebührenkalkulation vom 15.11.2023 (Anlage B) beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 18 Änderung der Abfallgebührensatzung sowie Kalkulation der Abfallgebühren für das Jahr 2024
Vorlage: 298/2023

Beschlussvorschlag:

Die 24. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung der Stadt Coesfeld (Anlage A) wird auf der Grundlage der Gebührenkalkulation vom 06.11.2023 (Anlage B) beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 19 Änderung der Wasserverbandsgebührensatzung sowie Berechnung der Wasserverbandsgebühren 2023
Vorlage: 300/2023

Beschlussvorschlag:

Die 21. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Gebühren für die Umlage der Wasser- und Bodenverbände und für sonstige Kosten der Gewässerunterhaltung (Wasserverbandsgebühren) (Anlage A) wird zur Festsetzung der Gebühren für 2023 auf der Grundlage der Berechnung vom 24.10.2023 (Anlage B) beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 20 Energiekonzept KlimaQuartier "Wohnen an der Marienburg - Erweiterung" (B-Plan 126a)
Vorlage: 343/2023

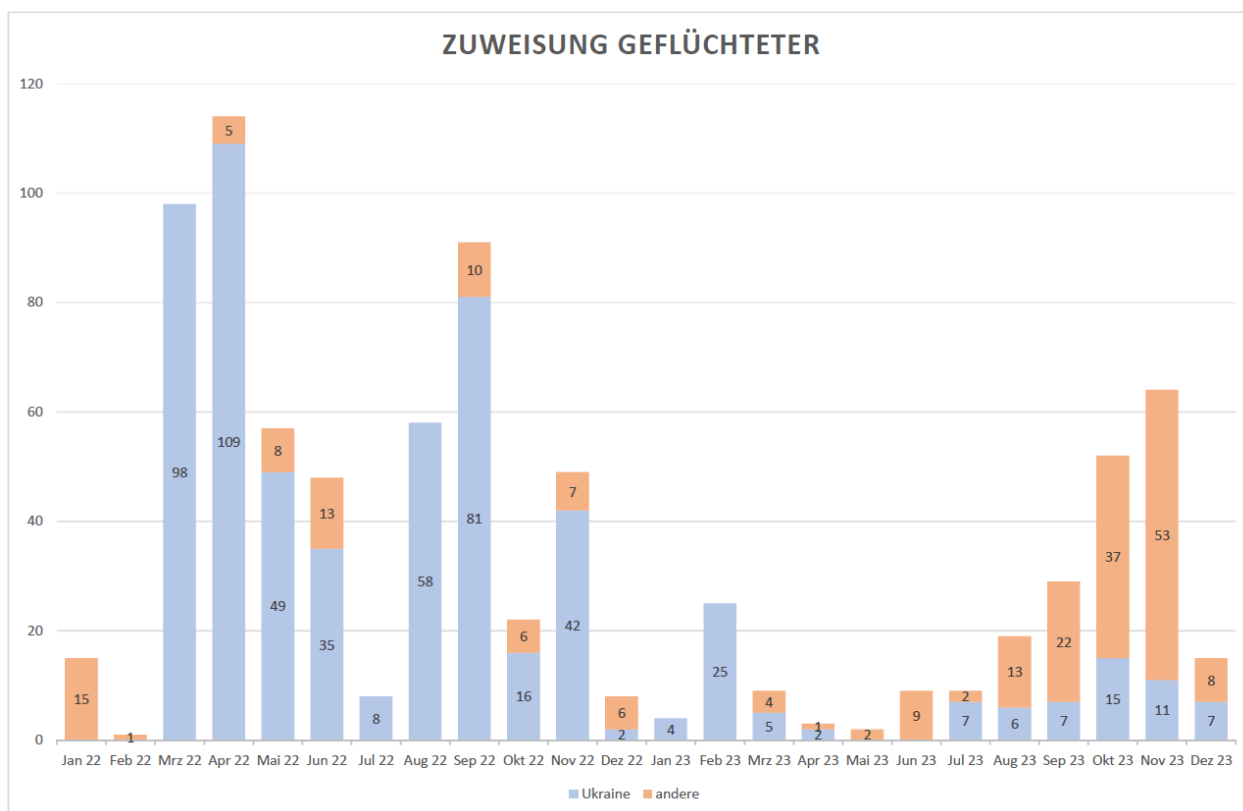
Beschlussvorschlag (geändert in UA und HFA):

Der Rat der Stadt Coesfeld beauftragt die EMERGY Führungs- und Servicegesellschaft mbH mit der Erstellung eines Energiekonzeptes bis einschließlich der Leistungsphase 2 der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (LP 1: Grundlagenermittlung und LP 2: Vorplanung) für das Neubaugebiet „Wohnen an der Marienburg – Erweiterung“. Die Ergebnisse werden in einer der folgenden Umweltausschusssitzungen vorgestellt. Auf Basis der vorliegenden Ergebnisse und einem erneuten Abgleich mit der Förderlandschaft kann danach über eine geeignete Fortführung entschieden werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 21 Unterbringung Geflüchtete - weitere Anmietung von Wohncontainern
Vorlage: 367/2023

Herr Beigeordneter Christoph Thies erläutert die Entwicklung der Zuweisung Geflüchteter anhand der folgenden Grafik:



Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass die Politik bereits die Erweiterung der Containeranlage Haugen Kamp auf den Weg gebracht habe und es nun um einen weitere, zusätzlichen Standort gehe. Als Fläche sei hier u.a. die am Hohen Feld in den Blick genommen worden

Herr Tranel teilt mit, dass innerhalb der Fraktion CDU die Standorte intensiv diskutiert wurden. Die Fraktion präferiere den Standort Gewerbegebiet Krampe. Die Fläche am Hohen Feld sollte nicht genutzt werden, da die Nachbarschaft in einem großen ehrenamtlichen Engagement diese Fläche hergerichtet habe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass die Verwaltung dargestellt habe, dass diese Fläche beim Gewerbegebiet Krampe nicht in Betracht komme, da die Vorbereitungen zur Nutzung zu lange dauern.

Herr Beigeordneter Thies ergänzt, dass die Erschließung dieses Grundstückes bis Mai/ Juni 2024 dauern würde, sodass eine Aufstellung und Einrichtungen entsprechender Wohncontainer erst zum August/ September 2024 stattfinden könne. Gegebenenfalls müsste dann erneut eine Notunterkunft eingerichtet werden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann macht deutlich, dass sich die Verwaltung bei jeder der vorgeschlagenen Standorte schwer tue. Auch sei es schlimm, dass das Ehrenamt am Hohen Feld durch die Nutzung der durch die Anwohnenden hergerichteten Fläche wegbreche.

Herr Volmer teilt mit, dass sich die Fraktion Pro Coesfeld eine Priorisierung vorgenommen habe. Für die Fraktion komme auch die Fläche am Hohen Feld in Frage. Er begrüße es, dass dort so ein hohes ehrenamtliches Engagement herrsche. Dies könne ein großer Vorteil sein. Sollte es jedoch möglich sein, dass die Fläche im Gewerbegebiet Krampe genutzt werden könne, ohne das vorab erneut eine Notunterkunft in einer Turnhalle eingerichtet werden

müsse, würde die Fraktion Pro Coesfeld dies befürworten. Sollte der Wohnmobilstellplatz favorisiert werden, so bittet Herr Volmer, dass lediglich die Erweiterungsfläche und nicht der Stellplatz selbst genutzt würde.

Frau Bürgermeisterin Diekmann sagt, dass im Haushalt bereits Mittel eingeplant wurden, um zwei dauerhafte Einrichtungen ermöglichen zu können. In diesen Einrichtungen sollen bis zu 80 Personen untergebracht werden können. Das Hohe Feld war auch als Standort für eine dauerhafte Einrichtung im Gespräch. Es werde laut Frau Diekmann dazu kommen, dass alle möglichen Standorte zwangsläufig in Zukunft in den Blick genommen werden müssen.

Herr Prinz rät von einer Nutzung des Wohnmobilstellplatzes ab, das das touristische Angebot dadurch zerstört würde. Herr Prinz fragt ergänzend, ob es möglich sei, dass die Nachbarschaft Hohes Feld, nichtsdestotrotz ihr Schützenfest auf dem Platz feiern könne; bspw. durch Sperrung der Straße für den Zeitraum. Er bitte die Verwaltung dies zu prüfen.

Herr Böyer weist darauf hin, dass das wichtigste sei, dass entsprechende Akzeptanz geschaffen werde. Er fragt, ob schon Gespräche mit den Nachbarn stattgefunden hätten oder ob diese den Standort „Hohes Feld“ aus der Zeitung erfahren würden.

Frau Bürgermeisterin Diekmann antwortet, dass es noch keine Gespräche gegeben habe. Leider werde es so sein, dass die Anwohnenden diesen möglichen Standort aus der Zeitung erfahren werden.

Herr Nielsen sagt, dass die Politiker:innen aktuell nicht in einer politischen Komfortzone sei. Man müsse sich nicht immer gegenseitig versichern, wie schwer einem bestimmte Entscheidungen fallen, schließlich säßen hier alle mit einer vernünftigen Zielsetzung. Die Standorte, so Herr Nielsen, würden in Zukunft vermutlich alle gebraucht. Hier sei nun eine politische Entscheidung notwendig.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich Wohncontainer zur Unterbringung Geflüchteter zu beschaffen und diese auf der Fläche „**Hohes Feld**“ aufstellen zu lassen. Der Zuschlag soll dem wirtschaftlichsten Angebot erteilt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	10	4	1

TOP 22	Budgetbericht zum 30.09.2023 Vorlage: 309/2023
--------	---

Der Inhalt der Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 23	Sonderhaushaltsplan der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: 374/2023
--------	---

Beschlussvorschlag:

Der Sonderhaushaltsplan der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	15	0	0

TOP 24	Stellenplan 2024 Vorlage: 375/2023
--------	---------------------------------------

Herr Fabry stellt den Antrag, eine weitere Stelle in den Stellenplan mit aufzunehmen: Diese Stelle soll für den Citydienst eingerichtet werden. Es sagt, dass der Citydienst eine notwendige Sache für Coesfeld sei, die die Stadt aufwerte. Leider war die bisher geplante Umsetzung mit den möglichen Personen (aus dem SGB II – Leistungsbezug) bislang nicht möglich. Ein Citydienst solle aber weiterhin eingerichtet werden.

Herr Tranel bittet um eine Einzelabstimmung der Beschlussvorschläge 11 und 13. Er fragt zudem was sich hinter Beschlussvorschlag 9 verberge.

Es wird erläutert, dass es sich um die VHS-Bereichsleiter-Stelle handelt.

Frau Bürgermeisterin Diekmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag 9 dahingehend zu ergänzen, dass die Stelle mit einem Sperrvermerk versehen wird. Hierüber herrscht Einvernehmen.

Beschlussvorschlag der FDP:

Es wird beschlossen eine Stelle für den Citydienst, angesiedelt beim Baubetriebshof der Stadt Coesfeld, einzurichten.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 11 LBesG NRW nach EG 10 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 4:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen EG 9c TVöD nach Besoldungsgruppe A 10L2E1 LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 5:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Besoldungsgruppe A 10L2E1 wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 6:

Es wird beschlossen, eine Stelle mit der Besoldungsgruppe A 9 L1E2 nach Besoldungsgruppe A 9 L1E2Z LBesG NRW umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 7:

Es wird beschlossen, eine Beamtenstelle mit der Besoldungsgruppe A 7 LBesG NRW einzurichten.

Beschlussvorschlag 8:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 15 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 9 (geändert):

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 14 TVöD einzurichten. *Die Stelle wird mit einem Sperrvermerk versehen.*

Beschlussvorschlag 10:

Es wird beschlossen, eine 0,19 Stelle EG 13 TVöD einzurichten. Die gesamte Stelle von 0,7 Stellenanteilen soll mit einem kw-Vermerk versehen werden.

Beschlussvorschlag 11:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 11 TVöD auf Dauer einzurichten.

Beschlussvorschlag 12:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 13:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 14:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 15:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen EG 11 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 16:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 17:

Es wird beschlossen, eine 0,77 Stelle EG 9c TVöD nach EG 11 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 18:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 11 TVöD nach EG 9b TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 19:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 10 TVöD einzurichten. Die Stelle soll mit einem kw-Vermerk versehen werden.

Beschlussvorschlag 20:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen EG 10 TVöD nach EG 9c TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 21:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 10 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 22:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9b TVöD einzurichten. Die Stelle soll mit einem kw-Vermerk versehen werden.

Beschlussvorschlag 23:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 24:

Es wird beschlossen, eine 0,72 Stelle EG 9b TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 25:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 9b TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 26:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 9b TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 27:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 9a TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 28:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 8 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 29:

Es wird beschlossen, eine 0,64 Stelle EG 8 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 30:

Es wird beschlossen, eine 0,12 Stelle EG 6 TVöD nach EG 9a TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 31:

Es wird beschlossen, eine 0,56 Stelle EG 9a TVöD mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Beschlussvorschlag 32:

Es wird beschlossen, 6,08 Stellen EG 7 TVöD nach EG 8 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 33:

Es wird beschlossen, eine 0,76 Stelle EG 7 TVöD nach EG 8 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 34:

Es wird beschlossen, eine 0,17 Stelle EG 8 TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 35:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 8 TVöD nach EG 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 36:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 7 TVöD nach EG 6 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 37:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG 6 TVöD einzurichten. Die Stelle soll mit einem kw-Vermerk versehen werden.

Beschlussvorschlag 38:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 6 TVöD nach EG 5 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 39:

Es wird beschlossen, eine 0,17 Stelle EG 5 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 40:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG 5 TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 41:

Es wird beschlossen, eine 0,29 Stelle EG 5 TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 42:

Es wird beschlossen, 2,0 Stellen EG 4 TVöD einzurichten. Die Stellen sollen mit einem kw-Vermerk versehen werden.

Beschlussvorschlag 43:

Es wird beschlossen, eine 0,12 Stelle EG 4 TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 44:

Es wird beschlossen, eine 0,18 Stelle EG 2 TVöD wegfallen zu lassen.

Beschlussvorschlag 45:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG S 15 TVöD nach EG S 17 TVöD umzuwandeln. Die Stelle soll mit einem ku-Vermerk nach EG S 15 TVöD versehen werden.

Beschlussvorschlag 46:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG S 15 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 47:

Es wird beschlossen, eine Stelle EG S 14 TVöD nach EG S 15 TVöD umzuwandeln. Die Stelle soll mit einem ku-Vermerk nach EG S 14 TVöD versehen werden.

Beschlussvorschlag 48:

Es wird beschlossen, eine 0,5 Stelle EG S 14 TVöD einzurichten.

Beschlussvorschlag 49:

Es wird beschlossen, 0,84 Stellen EG S 11B TVöD nach EG S 12 TVöD umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 50:

Es wird beschlossen, eine 0,25 Stelle EG S 11B TVöD einzurichten.

Nachrichtlich:

Folgende Stellen fallen aufgrund eines kw-Vermerkes weg:

- **0,5 Stelle EG 9a TVöD**

Die Stelle der Ehrenamtskoordinatorin wurde vom Rat mit einem kw-Vermerk versehen. Da die ehemalige Stelleninhaberin ausgeschieden ist, entfällt diese Stelle.

Finanzielle Auswirkung: Einsparung von ca. 30.500,- € jährlich

- **1,0 Stelle EG 6 TVöD**

Der Stellenplan 2022 wurde nach Beschluss des Rates der Stadt Coesfeld vom 23.06.2022 um vier Stellen im Gärtnerbereich des Fachbereichs Bauen und Umwelt, Baubetriebshof, erweitert. Gleichzeitig wurden vier Stellen der ältesten Beschäftigten mit einem kw-Vermerk versehen. Da einer dieser Beschäftigten nun altersbedingt ausgeschieden ist, fällt die Stelle ersatzlos weg.

Finanzielle Auswirkung: Einsparung von ca. 56.000,- € jährlich

- **1,0 Stelle EG 6 TVöD**

Für die Bücherei wurde im Stellenplan 2023 eine für ein Jahr befristete Stelle eingerichtet. Die Stelle konnte nicht besetzt werden und der Grund für den zusätzlichen Bedarf ist entfallen. Da die Stelle mit einem kw-Vermerk versehen wurde, fällt die Stelle nun wieder weg.

Finanzielle Auswirkung: Einsparung von ca. 56.000,- € jährlich

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der FDP	7	0	8
Beschlussvorschlag 11	10	5	0
Beschlussvorschlag 13	10	5	0
Beschlussvorschläge 1-10, 12, 14-50	15	0	0

TOP 25	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: 366/2023
--------	---

Herr Nielsen verweist auf das Dokument 4 (Änderungsliste). In Punkt 29 sei der Umbau der WC-Anlage im Heriburg Gymnasium (Umbau zur Unisextoilette) aufgelistet. Die Höhe der Kosten für den Umbau werde damit begründet, dass die Anforderungen an solch eine WC-Anlage höher seien. Die SPD wolle das Thema zunächst in den Fachausschüssen beraten, da hier ggfs. ein Präzedenzfall geschaffen werde. Wenn man die WC-Anlagen in allen Coesfelder Schulen einrichte, werde es, so Herr Nielsen, schnell sehr teuer. Er stellt den Antrag die Mittel mit einem Sperrvermerk zu vermerken.

Frau Bürgermeisterin Diemann fasst zusammen, dass diese Mittel mit einem Sperrvermerk versehen werden und in den Fachausschüssen beraten werden sollen.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 einschließlich Anlagen wird unter Berücksichtigung der Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	0	6

TOP 26	Anfragen
--------	----------

Herr Nielsen nimmt noch einmal Bezug auf die Vorstellung von Frau Kämmerin Mittmann zum neuen NKF-Gesetz. Er fragt mit einem Augenzwinkern, ob es ein neues Vorgehen sei, dass Maßnahmen bereits umgesetzt werden sollen, die gesetzlich noch nicht verankert seien.

Frau Kämmerin Mittmann bejaht dies.

Herr Kleinschneider fragt, ob die Sperrung der Coesfelder Straße in Lette bis zum Weihnachtsfest aufgehoben sei.

Herr Thies teilt mit, dass die Maßnahme vor Weihnachten abgeschlossen sein soll. Man habe auch eine zusätzliche Kolonne eingesetzt. Wenn es doch länger dauern sollte, die Bauarbeiten aber aufgrund der Witterungsverhältnisse ruhen würden, würde man versuchen eine Durchfahrt zu ermöglichen.

Frau Bürgermeisterin betont, wie bereits im Bezirksausschuss dargestellt, dass eine einseitige Sperrung im laufenden Baustellenbetrieb hier nicht möglich sei.

gez. Eliza Diekmann
Bürgermeisterin

gez. Marie Tebbel
Schriftführerin